

Volksmacht

für Schlesien

Anzeigenpreis: 20 Mk. für gewöhnliche Anzeigen und 30 Mk. für Anzeigen mit Bild. Einmalige Anzeigen 100 Mk. Familienanzeigen 0,30 Mk. Geschäftsanzeigen, Verträge, Verleumdungen und Behauptungen 0,30 Mk. Da vorgenannte Preise mit 20% Zuschlag zu den angegebenen Preisen zu berechnen sind. Die nächste Nummer müssen bis vormittags 11 Uhr (1 Tag vorher) in der Haupt-Redaktion Marktstraße 46 sowie in sämtlichen Zweigstellen abgegeben werden.

Organ für die werktätige Bevölkerung
Fernsprech-Anschlüsse: Geschäftsstelle Ring 1206, Redaktion Ring 3141.
Postfach-Konto: Postfach-Nr. Breslau Nr. 3852.

Bezugspreis: Die „Volksmacht“ erscheint wöchentlich 6 mal und ist durch die Haupt-Redaktion: Marktstraße 46, durch die Zweigstellen Marktstraße 25, bei Jung, die Druckerei der „Volksmacht“, Neue Graupenstraße Nr. 7 und durch alle Buchhändler zu beziehen. Wöchentlich 1,20 Mk., monatlich 3,10 Mk., vierteljährlich 11,50 Mk. (einschließlich Postgebühren), durch die Post bezogen vierteljährlich 13,50 Mk. (ohne Postgebühren, frei ins Haus durch die Post monatlich 6,10 Mk., vierteljährlich 19,30 Mk.).

2400 Engländer bis Sonntag in D. G.

Gegen die Orgeschisierung Oberschlesiens.

(Drahtber. unseres Berliner Büros.)

Der Vorstand des Deutschen Eisenbahnerverbandes richtet in dem „Vorwärts“ und der „Freiheit“ an die Eisenbahner die Aufforderung, Frieden und Arbeit zu halten. Nach Pressemeldungen und sonstigen anderen Meldungen seien Orgeschformationen zum Abmarsch nach Oberschlesien bereit gestellt oder bereits auf dem Wege nach dort. Demzufolge werden die Mitglieder des Deutschen Eisenbahnerverbandes ersucht, zur Unterstützung der Reichsregierung beizutragen.

In Anbetracht der Orgeschrichtungen in der Provinz Sachsen hat sich der Oberpräsident Genosse Höring veranlaßt gesehen, die Bildung von Freikörper und anderen militärischen Verbänden, sowie die Anwerbung von Freiwilligen und allen sonstigen Vorbereitungen, den Zusammenschluß von Personen zu Kampfen oder Selbstschutzzugorganisationen aller Art, den Abdruck von Aufnahmehinweisen in Zeitungen, Zeitschriften, die Verbreitung der verschiedenen Aufrufe dieser Art und die Verbreitung von Nachrichten über die Bildung oder Tätigkeit solcher Verbände zu verbieten. Dieses Verbot war umso notwendiger, als in der Provinz Sachsen im Einvernehmen mit Behörden geheime Rüstungen vorgenommen wurden und festgestellt worden ist, daß zahlreiche Waffenlager, die in großen und kleinen Lagern hinter neuen geschlossenen Mauern versteckt waren, angelegt worden waren.

Die Abperrung der Grenze.

An der Grenze des Abstimmungsgebietes sind 9 Hundertstufen Schuttpolizei zur Verstärkung eingetroffen. Die Mannschaften stammen meistens aus Nordwestdeutschland, und werden durch die Stimmung der Bevölkerung des Grenzgebietes wenig beeinflußt. Gegen die Verhinderung des Freikorps „Oberland“ in Keiße ist eingeschritten worden. Ein Uebertritt von Freikörpern über die Grenze dürfte nunmehr tatsächlich kaum mehr möglich oder doch ganz außerordentlich erschwert sein.

Die englischen Truppen.

Bei den deutschen Behörden sind jetzt Eisenbahnwagen für insgesamt vier englische Bataillone von je 600 Mann angefordert worden, die vom 27. d. Mts. ab transportbereit sind und also am 29. und 30. Mai in Oberschlesien sein dürften. Vermutlich sollen die englischen Truppen die Städte des Industriegebietes besetzen, aus denen die Franzosen sich ja, wie die Räumung von Myslowitz zeigt, ganz zurückziehen wollen, oder wie ihr Verhalten in Kattowitz, Hindenburg und in anderen Orten beweist, jedenfalls nichts gegen die belagernden Insurgenten unternehmen. 2400 Mann sind gegenwärtig in Oberschlesien auch bei sehr guter Ausrüstung und Qualität der Truppen natürlich noch nicht in der Lage, zusammen mit etwa 3000 Italienern allein den Insurgenten Widerstand zu leisten, aber gar gegen sie vorzugehen.

Aus Kattowitz.

Aus Kattowitz liegen jetzt mit Posttransporten, die durch die Alliierten vermittelt worden sind, mitgekommene Nummern unseres dortigen Parteiblattes von Montag und Dienstag vor. Man kann darin viel zwischen den Zeilen lesen, da die Zensur einen ganz großen Teil aller tatsächlichen Mitteilungen durch große weiße Flächen unterbrochen hat. Von der Außenwelt macht man sich in Kattowitz gegenwärtig natürlich falsche Vorstellungen. So bringt das Blatt die Meldung, daß englische Truppen bereits in Doppel eingetroffen sei. Ueber den Besuch des General Gratier in Kattowitz erzählt man, daß dieser nur mit den Interalliierten Behörden dort konferiert haben kann. Gewerkschaftsführer konnten an ihn erst herantreten, als er ins Automobil zur Abfahrt klag. Was der General ihnen antwortete, verhält die Zensur ebenfalls durch weiße Flecken. Die Lage in Kattowitz scheint infolge der Wasserabperrung, und der Sakereien der Insurgenten, denen auch Frauen und Kinder zum Opfer fallen, entsetzlich zu sein.

Myslowitz in Korfantys Hand.

Myslowitz wurde am Sonnabend von den Franzosen genommen und von den Insurgenten besetzt.

Ueber die heutige Lage in Oberschlesien

acht uns folgender Bericht zu:
Südtlich Coles links der Ober bei Matibor hätte man während der ganzen Nacht lebhaftes M. G. Feuer der Insurgenten. Bei Malapanz, Katschan und Groß-Stein (Bakus) griffen die Besatzungen in den frühen Morgenstunden heftig an. Ein Gefecht ist dort noch im Gange.
Telegraphen- und Fernsprechverbindungen mit dem ober-schlesischen Industriegebiet ist noch ausnahmslos unterbrochen.
Heute waren 1200 in Breslau eine große Anzahl Telegramme aus Coles und Hindenburg ein, die ausschließlich prägen oder geschäftlichen Inhalts sind. Sie liegen seitdem auf die politische Lage nicht zu.

Anerkennung des ober-schlesischen Selbstschutzes?

Wie Hasas nach Privattelefonat meldet, ist der Antrag einer alliierten Macht eingegangen, den deutschen Selbstschutz in Oberschlesien unter feste Kontrolle zur Verfügung des interalliierten Befehlshabers zu stellen.

Gegen Rechtsverdrehung des Obersten Rats.

Ein französisch-italienisches Geheimabkommen?

In der „Frankfurter Zeitung“ lesen wir:
Eine völlige Rechtsverdrehung ist der französisch-polnische Anspruch, der die Grenzlinie nach Gemeinden ohne Berücksichtigung von deren Größe und Bevölkerungszahl ziehen und dadurch starke deutsche Mehrheiten in Städten und größeren Ortschaften ganz einfach vergewaltigen will. Und unerfindlich ist es auch, wenn, wie es heißt, die römische Consulta den auf freier Willkür beruhenden Kompromißvorschlag einbringen möchte, daß Oberschlesien nach dem Verhältnis von 60 zu 40, der Proportion der deutschen und der polnischen Stimmen, geteilt werden sollte, was in Unterliekung des polnisch-französischen Planes das Industriegebiet an Polen bringen würde. Nein, das sind ungeheuerliche Kräfte, die keine Geltung haben dürfen, wo das Recht so klar ist. Nicht diplomatische Kunststücke dürfen entscheiden, sondern allein das durch den Friedensvertrag niedergelegte Gesetz, und wir weigern uns, in dieser Frage Opfer politischer Bindungen zu werden. Italiens Stimme wird vielleicht in dem Obersten Rat von maßgebender Bedeutung sein. Wie das italienische Volk in überwiegender Mehrheit denkt, zeigen die italienischen Zeitungen. Es denkt ganz ähnlich wie die Regierung und die öffentliche Meinung Englands (mit Ausnahme der Kreise der „Morning Post“), es will, daß man die ober-schlesische Entscheidung nach Recht und Billigkeit herbeiführe. Umso erlauchter ist da das Verhalten des Grafen Storza, das in scharfem Gegensatz zu dem Volksempfinden steht. Ob persönliche Gründe für die Sympathie des italienischen Außenministers für die ungeschicklichen polnischen Ansprüche verantwortlich sind, wissen wir nicht. Aber es ist nicht weniger wichtig, daran zu erinnern, daß nach der Ansicht wohl unterrichteter Personen — es ist u. a. auch auf die Feststellung des früheren amerikanischen Vertreters in der Rheinlandsmission W. B. Hayes in seinem Buche „Während Europa auf Frieden wartet“ zu verweisen — seit dem Zusammen-treffen Giolittis mit Millerand in Aix-les-Bains zwischen Frankreich und Italien eine Geheimabmachung besteht, die den Franzosen gegen Zugeständnisse an der Adria (Triume) und im Nahen Orient in ihrer Politik gegenüber Deutschland freie Hand läßt. Es wird Sache der Italiener sein, darauf zu achten, daß ihr Land nicht durch derartige Bindungen dazu gebracht wird, an entscheidender Stelle eine Politik zu machen, die wider die Ehre geht. Wir Deutsche jedenfalls verlangen unser Recht, und die Entente wird guttun, es uns werden zu lassen, wenn sie bei dem deutschen Volk den Eindruck vermeiden will, daß gegenüber Deutschland nichts als freche Willkür besteht.

Der Aufruf Korfantys an die deutschen Oberschlesier.

Warschauer Korrespondenz.

Warschau, 25. Mai. (Drahtbericht.) Korfantys und sein Exekutivkomitee haben einen Aufruf an die eingeborenen deutschen Stadtbewohner Oberschlesiens erlassen. Die deutschen Oberschlesier werden darin beschworen, Handel und Gewerbe wieder in Gang zu bringen; sie sollen ihrerseits von der Interalliierten Kommission verlangen, daß die Städte den Insurgenten übergeben werden. (1) Dafür erklärt sich Korfantys bereit, in die Städte ausschließlich militärisch organisierte und uniformierte rein ober-schlesische Volkstruppen zu entsenden; es solle ein bestimmter Prozentsatz deutscher Oberschlesier in die Volkstruppen aufgenommen werden, unter der Bedingung, daß sie gegen die polnische Bevölkerung und deren bewaffnete Kräfte und Behörden keine feindseligen Akte unternehmen. Der Aufruf schließt mit der Drohung, daß bei Ablehnung dieses Angebots eine Zunahme des Hungers in den Städten und die Plünderung der Bürgerversteher durch die Arbeiter die Folge sein werde. Wenn die „Orgesch“ einbringe, werde die Zukunft Oberschlesiens ein Trümmerhaufen sein.

Die heutigen Blätter verbreiten in sensationeller Aufmachung Berichte über neue Kämpfe in Oberschlesien, wobei die Insurgenten bei Kosenberg und längs der polnisch-oberschlesischen Grenze offenbar erheblich zurückgeworfen worden sind. Die härteren Kämpfe in Oberschlesien tragen hier überhaupt zur erregten Stimmung viel bei. Klakats des „Bürgerkomitees zur Staatsverteidigung“ weisen auf die ernster werdende Lage hin; Polen fürchte jedoch niemand, nötigenfalls werde jeder polnische Bürger bereit sein, in den Kampf zu ziehen.
Auf Anregung der polnischen Regierung fand hier eine Konferenz mit dem deutschen Geschäftsträger von Ditzsch über Oberschlesien statt.

Wechsel in der Reichstanzlei.

Offiziell wird mitgeteilt: Der Staatssekretär Albert in der Reichstanzlei hat bei der Neubildung des Kabinetts keinen Posten zur Verfügung gestellt und um einwillige Vertretung in den Ruhestand gebeten. Wie wir erfahren, hat der Reichspräsident diesem Entschluß nunmehr entsprochen. Mit der Führung der Geschäfte ist bis auf weiteres der Geheimrat Brecht beauftragt worden.

Die Regierungswirrnis in Polen

Aus Warschau wird uns geschrieben:

Die gegensätzliche Politik der westlichen Großmächte in der ober-schlesischen Frage, das „persönliche Regiment“ Korfantys — wenn auch nicht in den Haupt-, so doch in den Nebenfragen seiner Konspiration —, endlich die Desorientierung der irreführten, enttäuschten, gereizten heimischen Öffentlichkeit, all das hat die polnische Regierung, wie ein Warschauer Morgenblatt schreibt, „in eine Sackgasse geführt, aus der auch der anschlagige Bauernkopf eines Witos keinen Ausweg zu finden scheint.“ Folgende Momente kennzeichnen die Situation.

Zunächst besteht eine personal begrenzte Krise im polnischen Kabinett seit Anfang Mai. Damals bereits demissionierte der Verpflegungsminister Groszicki, weil sein Projekt einer Umgestaltung seines Ressorts nicht angenommen wurde, — also eine unpolitische Sache. Politischen Charakter trug dagegen die fast gleichzeitig erfolgende Bitte um Entlassung aus seinem Amte, die der Arbeitsminister Janowski an den Ministerpräsidenten richtete. Das Arbeitsministerium ist, weil die Sozialisten zurzeit nicht in Frage kommen und ein Arbeitervertreter doch dafür erwünscht ist, sozusagen das stillschweigend zugestandene Rückkommiß der „Nationalen Arbeiterpartei“ (N. A. P.), einer namentlich im ehemals preußischen Gebiet und bis nach Oberschlesien hinein wirkenden Gruppe. Beim Korfantyschen Handreich hat diese Partei innerhalb der Arbeiterschaft am offensten mitgemacht und die amtliche Neutralität des polnischen Staates am unbekümmertsten gebrochen. Ein solches Vorgehen verfolgt, angeht die allgemeinen frondierenden Stimmung in den von Agitatoren aufgereizten Massen, auch parteitaktische Zwecke. Indem die Nationale Arbeiterpartei in der ober-schlesischen Frage sich so laut bemerkbar macht, gedankt sie die polnischen Sozialisten auszustechen, die seinerzeit, beim Streit um Teschen, sie wiederum zu überflügeln gewußt hatten. Jedenfalls war die Haltung der „N. A. P.“ eine solche, daß selbst die äußere Wahrung des Gesichtspunkts, die die polnische Regierung anstrebte, unmöglich wurde, solange ein Vertreter derjenigen Partei in der Regierung saß, die offen zum Kampfe auf der Seite mit den Insurgenten auftrat. Wer aber sollte das Arbeitsministerium übernehmen? Man half sich auf eine Weise, die auch dafür charakteristisch ist, wie bequem man sich selbst mit den äußeren Formen der sogenannten Neutralität machen zu können meint. Die Demission Janowskis wurde offiziell angenommen, aber ihm bis zur Ernennung eines Nachfolgers die weitere Leitung seines Ministeriums überlassen. Von diesem Nachfolger ist seit drei Wochen mit keinem Wort die Rede gewesen und so fungiert der zurückgetretene Korfantys-Rebell seelenruhig als provisorisches Glied der Regierung in seinem Amte weiter. „Es ist des Landes so der Brauch“. Entspricht es doch der gleichen Nonchalance, mit der der Staatschef soeben durch den angeblichen Auführer Zeligowski Ordensauszeichnungen an die Truppen der „mittelländischen Armee“ verteilen ließ oder mit der Zeligowski selber einen General des Posener Militärbezirks zu seinem Stabschef in Wlina ernannt usw. Die Nationale Arbeiterpartei aber, deren Vertreter temporär weiterregiert, notierte desungeachtet soeben im Sejm zur Regierungserklärung über die ober-schlesische Frage eine separate Resolution, in der es heißt: „Wir erklären uns mit den Aufständischen solidarisch und schrecken auch vor den schärfsten Mitteln nicht zurück, um sie zu unterstützen. Einer Regierung, die sich der Solidarität mit den Aufständischen entziehen wollte, kündigen wir eine im nationalen Geiste zu vollführende Resolution an.“ So macht man das.

Man macht es, solange man feiner festen Hand begegnet, die dem Uebermut die Wege weist. Das hat die Rede Lloyd Georges noch nicht getan, denn vorläufig ist man dabei allesfalls nicht über Worte und Deklarationen hinaus und die anarchische Wirtschaft in dem vielgeplagten Ost-Oberschlesien besteht in aller ruhigen Willkür weiter. Aber Stalin hat es in einem

Breslauer Nachrichten.

Breslau, 26. Mai.

Sozialdemokratischer Verein.

Erweiterter Parteivorstand. Freitag, den 27. Mai, abends 8 Uhr, Sitzung im Zimmer 10, I. Stock, Zimmer 7/8.

Sitzung! Besamte - Lehrer. Freitag, den 27. Mai, abends 8 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Versammlung.

District 27. Freitag, den 27. Mai, 6 Uhr: Sitzung aller Kassierer, Funktionäre und Karteninhaber bei Zeuke. Erscheinen dringend erforderlich!

Sitzung! Jungsozialisten! Montag, den 30. Mai, findet im Zimmer 12 des Gewerkschaftshauses unsere Monatsversammlung statt. Die Genossin Zils spricht in der Versammlung über die deutsche Frauenbewegung. Deshalb sind alle Parteigenossinnen, auch wenn sie der Jungsozialisten-Gruppe nicht angeschlossen sind, freundlichst eingeladen. Erscheinen aller Jungsozialisten ist Pflicht.

Die Löhne bei der Gräbchener Straßenbahn.

Dem Deutschen Verkehrsband wird uns geschrieben: Wir stehen seit langem im Tarifverhältnis mit der Direktion der Elektrischen Straßenbahn und es war uns bisher möglich auf dem Wege friedlicher Verhandlungen einigermassen die Lohn- und Arbeitsbedingungen zu regeln. Der Tarifvertrag, der vorsieht, daß über Lohn, Gehalt, Ueberstundenbezahlung und Ferien Sonderabkommen getroffen werden müssen, gab uns auch Veranlassung, nachdem der im Jahre 1920 abgeschlossene Vertrag abgelaufen, der Direktion neue Vorschläge zu unterbreiten. Die bisher gezahlten Löhne betragen:

Table with 2 columns: Lohn category and amount. Includes 'Anfangsgehalt', '10jähriger Dienstzeit', 'Angeleitete', 'Angelesene'.

Die Stundenlöhner erhielten: Angeleitete: Ledige bis zu 24 Jahren 3,15-3,35 M, Ledige über 24 Jahre 3,45, Verheiratete 3,85-4,25.

Angelesene: Ledige 3,35-3,65, Verheiratete 4,05-4,45.

Die Arbeiter in der Werkstatt und Kraftstation hatten zu ihren Lohnsätzen bereits im Januar eine Zulage erhalten. Das Jahr- und Arbeitspersonal ging in seinen Lohnforderungen nur annähernd an die Höhe, die sowohl bei der Stadt als auch in Privatbetrieben gezahlt wurden.

Die Organisation wandte sich deshalb an die Schiedsstelle. Die angerufene Schiedsstelle tagte auch in den Räumen der Direktion, konnte aber seitens des Organisationsvertreters nicht als Schlichtungsausschuss im Sinne des genannten Vertrages angesehen werden, da in letzterem ausdrücklich vermerkt ist, daß beide Parteien den Schlichtungsausschuss anrufen müssen.

Die Straßenbahnerkassiererschaft bedarf der geschlossenen Einheit, wie dies aus dem letzten Vorgange ersichtlich ist. Auch haben wir den Streit als letzte Waffe im Kampf nicht anzuwenden brauchen, wenn es aber einmal notwendig wird, dann heißt es „geschlossenes Ganges“ auf der ganzen Linie. Deshalb bedarf es der einheitlichen Geschlossenheit der Angestellten des Betriebes der Elektrischen Straßenbahn.

Sonntagsfahrten vom 1. Juli ab.

Nach einer Meldung des „Tag“ ist die bereits vor einiger Zeit angekündigte Wiedereinführung der Sonntagsfahrten zu ermäßigten Preisen nunmehr vom Reichsverkehrsministerium genehmigt worden. Die Ermäßigung beträgt 33 1/2 Prozent. Die Karten können von den Direktionen bis zu einer Entfernung von 60 Kilometern, ausnahmsweise bis zu 75 Kilometern, ausgestellt werden. Sie sind für bestimmte Verkehrsbeziehungen vorzusehen, die von den einzelnen Direktionen festgelegt werden.

Man kann mit Recht beklagen, daß die Wiedereinführung der Sonntagsfahrten erst am 1. Juli erfolgt, während am 1. Juni bereits eine neue allgemeine Fahrpreiserhöhung erfolgen soll. Um einen vollen Monat ist es dadurch den erholungsbedürftigen Großstädtern fast unmöglich gemacht, mit ihren Familien ins Freie zu gelangen.

Gebühren beim Einigungsamt.

Das städtische Presseamt teilt mit: Trotz der bereits früher veröffentlichten Mitteilungen fanden bei dem Einigungsamt wiederholt Anfragen ein, auf Grund welcher Gebühren Bestimmungen die von ihm eingeführten Gebühren erhoben werden. Es wird daher nochmals darauf hingewiesen, daß die Erhebung der Gebühren im Rahmen des § 14 des Mietvertragsgesetzes angeordnet werden kann, wenn die Bedeutung der Sache für die Beteiligten es als angemessen erachtet wird. Da die Erhebung der Gebühren nach dem Gesetz...

Erhebung der zahlungspflichtigen Partei liegt auf Grund derselben Bestimmung dem Einigungsamt ob. Der Gesamtbetrag der Gebühren darf das Dreifache der vollen Gebühr des § 8 des Gerichtskostengesetzes und der der Berechnung zu Grunde gelegte Wert des Gegenstandes den Betrag des einjährigen Mietzinses nicht übersteigen. Das Einigungsamt bestimmt ferner, wer die baren Auslagen des Verfahrens zu tragen hat. Die Entscheidung des Einigungsamtes über die Gebühr und die baren Auslagen ist vollstreckbar.

Die verschiedentlich auftretende Auffassung, daß die Erhebung von Gebühren durch das Einigungsamt gesetzlich nicht zulässig sei und daß nach den Bestimmungen des preussischen Kommunalabgabengesetzes eine solche Gebührenerhebung nur stattfinden dürfte auf Grund eines Ortsstatuts, muß demnach als rechtlich irrig bezeichnet werden, da sie den klaren Bestimmungen der Mietvertragsgesetzgebung widerspricht.

Unsere 22 Frauenerkrankungen

am Montag waren mit Ausnahme von 4, wo der Besuch als leiblich bezeichnet werden kann sehr gut besucht. Wenn man die gegenwärtige für den Besuchsbesuch nicht besonders geeignete Jahreszeit in Betracht zieht, kann man immerhin schon von einem sehr lebhaften Interesse der Frauen für die politischen Gegenwartsfragen sprechen, wenn 18 Versammlungen als gut besucht bezeichnet werden können. Gerade bei unseren Frauen, die sich vom frühen Morgen als die ersten in der Familie bis zum späten Abend wiederum als die letzten plagen müssen, kann man verstehen, wenn sie dann schließlich den Abend ermüdet zum Ausruhen beschließen. Deshalb erfreulicher der gute Besuchsbesuch. Es zeigt weiterhin von der immer größeren Beliebtheit, deren sich unsere allmonatlichen Frauerversammlungen erfreuen. In den meisten Versammlungen wurde das Thema: „Kriegsgeschichte und Frauenforderungen“ behandelt. Ueberall wurde den Rednern zugestimmt. Auch konnten in fast allen Versammlungen Frauen, die als Gäste erschienen waren, für die Partei gewonnen werden. Die nächsten Frauerversammlungen finden am Montag, den 20. Juni statt.

Gegen Mißstände in der Tierhaltung.

Aus Breslau soll nunmehr das viele liebe Vieh wieder verbannt werden, das sich während der Kriegszeit angesiedelt hat. Es kann auch nicht bestritten werden, daß mit der Tierhaltung in Großstädten sowohl gesundheitliche Gefahren, als auch Belästigungen verbunden sind. Der Polizeipräsident schreibt hierzu:

Nachdem sich die Ernährungsverhältnisse nunmehr gebessert haben, erscheint es geboten, aus gesundheitlichen Gründen mit der Tierhaltung verbunden große Mißstände zu bekämpfen. Die Haltung von Schweinen, Ziegen, Schafen in der Stadt ist an eine Polizeigenehmigung gebunden. Die Befolgung dieser Vorschrift wird nunmehr unumgänglich gefordert, die Erteilung der Erlaubnis von Voraussetzungen, welche grobe Mißstände verhindern, abhängig gemacht werden. Gleiche Forderungen werden bezüglich der Aufstellung von Geflügel- und Kanarienvägen erhoben werden. Die Reinigung der Ställe hat so oft als möglich zu erfolgen und ist zeitlich so zu regeln (nachts - frühe Morgenstunden), daß die Luftverunreinigung in den Wohnungen durch lästige Gerüche nicht beeinträchtigt wird. Gegen ungebührliches Pöbeln (Krähen der Hunde zu früher Morgenstunde, Bellen und Winken der Hunde des Nachts und in der Frühe) wird von nun an auf Grund des § 360 II St. G. B. eingeschritten werden.

Denkmalsweih.

Auf dem Hofe der Hauptfeuerwache, rechts vom Toreingange, umrahmt vom dunklen Grün der Blaupflanzen, hat ein Denkmal für die im Kriege gefallenen Beamten der Breslauer Feuerwehr seine Aufstellung gefunden, das am Sonntag vormittag nach einer feierlichen Feier seiner Bestimmung übergeben wurde. Namens des Denkmalsausschusses begrüßte Brandmeister Schölk die Ehrentenamen mit Worten des Dankes. Die Festrede hielt Branddirektor Pistorius, eine weitere Ansprache Oberbürgermeister Dr. Wagner. Wie ein verbindender Gedanke klang es durch alle Reden hindurch von der Dankpflicht der Ueberlebenden gegenüber den Gefallenen, die sich darin zu äußern habe und äußern werde, daß sie es ihren dahingegangenen Kameraden gleichsam in steter Opferbereitschaft zum besten der Gesamtheit. Dieser Empfindung verleihe ein Vertreter des Feuerwehrkorps durch ein feierliches Gedächtnis noch bedeutsamer Nachdruck, sei auch bildete den Grundton der Chorgesänge, durch die der Festakt eröffnet, begleitet und beschlossen wurde.

Die Zukunft des Zoologischen Gartens.

Die Mittelelchenschaft Breslauer Zoologischer Garten hielt am 25. Mai im Rathaus ihre ordentliche Generalversammlung ab. Es ist noch ein Vermögen von 15 011 Mark vorhanden. Der Garten wurde nun an Herrn Otto Thomas für 70 000 Mark jährlich verpachtet. Die Pachterträge werden zehn Jahre lang aufgesammelt, worauf man den Garten wieder seiner bisherigen Bestimmung zuführen hofft. Die Angestellten haben zum Teil bereits neue Stellen gefunden und für die übrigen älteren Angestellten will man wohlwollend sorgen. Aufsichtsrat und Rechnungsrevisoren wurden einstimmig wiedergewählt.

Ein strenger Richter.

Es hat an einigen Tagen in einem hiesigen Schöffengerichtssaal. Nur selten hält er sich an das vom Amtsanwalt beantragte Strafmaß oft erkennt er sogar auf die doppelte Strafe und noch darüber. Wenn möglich, läßt er den Angeklagten sofort in Haft nehmen. Exemplarische Strafen erscheinen ihm als die richtigen und die Schöffen scheinen sich seiner Auffassung nicht entziehen genug zu widerlegen.

Vor diesem Richter stand jetzt auch der Fleischergeselle Kocog. Er hatte auf der Straße ein Fahrrad gestohlen, und befand sich allerdings im Rückfalle. Das Gericht verurteilte ihn mildere Umstände und erkannte auf ein Jahr Zuchthaus; der Amtsanwalt hatte 4 Monate Gefängnis beantragt. Ebenso typisch ist auch das Urteil gegen den Arbeiter Kellner aus Goh-Ischanisch. Er hatte mit einem anderen Streit gehabt und war in dessen Wohnung eingedrungen, wo es zur Schlägerei kam. Außerdem hatte er einen geflohenen Hund verkauft. Er wurde mit einem Jahre und 6 Monaten Gefängnis bestraft, ihm die Kette umgelegt und sofort abgeführt. Auch hier hatte der Amtsanwalt 5 Monate für eine ausreichende Sühne erachtet.

Es wird notwendig sein, daß sich die öffentliche Kritik dieser richterlichen Amtsauffassung näher zuwendet.

Schwimmunterricht - Rettungsdienst.

Biel ist geredet und geschrieben worden darüber, wie die hohe Zahl der Unglücksfälle, die alljährlich beim Baden im Freien eintreten, entgegengewirkt werden könnte. Bis jetzt ist, bis auf das von Sitzungsleiterwägern beiderlei Geschlechts geforderte fakultative Badenverbot, etwas Praktisches nicht herausgekommen. Der Arbeiterschwimmverein „Poseidon“ will jetzt zu Latein übergehen, die wenn sie die nötige Unterstützung der Behörden und vor allem der Arbeiterschaft finden, geteilt sein werden, wirksam Hilfe in dieser für die Volksgesundheit außerordentlich wichtigen Frage zu schaffen.

Jeder muß schwimmen können! Jeder Schwimmer muß Rettung sein! Das hat von jeher die Pflicht der Arbeiterschwimmer gemeint. Jedes mal [schwimmen können] um diesen...

„Poseidon“ aber zu kommen, wird jetzt dem H. Wei in der Stadt Schwimmanstalt am Obelisk durch den Schwimmanverein „Poseidon“ Schimmunterricht im großen Maßstab, wie allem an Jugendliche erteilt. Die Kosten sind durch Entgegenkommen der jetzigen Verwaltung des Bades und durch ehrenamtliche Mitwirkung von Vereinsmitgliedern sehr niedrig. Schwimmanunterricht 3 Mark und Badefahrt, für den ganzen Sommer gültig, 5 Mark. Mitglieder des „Poseidon“ haben nur 2 Mark für den Schwimmanunterricht zu entrichten. Schwimmabteilungen der Gewerkschaften sollten ihre Mitglieder auf diese Gelegenheit aufmerksam machen. Schwimmstunden werden unter Beifügung des Schwimmanunterrichts erfolgen an Paul Berni, Kopischstraße 65. Jeder Schwimmer muß Rettung sein! Schwimmanunterricht in die Wirklichkeit umgesetzt werden kann, werden die Arbeiterschwimmer an den kommenden Sommerferien bewilligt. Wenn die behördliche Unterstützung (durch Ueberweisung von Booten usw.) nicht ausbleibt, so wird der Schwimmanverein „Poseidon“ einen Rettungsdienst im Ober- und Unterwasser aufnehmen und in Verbindung mit der Arbeiterschwimmerkolonne durchzuführen. Es wäre erfreulich, wenn alle Arbeiterschwimmer, die bis jetzt noch nicht den Weg in den Verein „Poseidon“ gefunden haben, sich entschließen würden, die Zahl der Rettungsschwimmer zu vergrößern, damit sich im Laufe des Sommers die Zahl der Rettungsmannschaften erhöht und größere Stromfäden in Ueberwachung genommen werden können. Dieser Dienst am Volke ist jedenfalls ein edleres Beginnen, als einen neuen Schnelligkeits-Rekord aufzustellen und dafür einen neuen Lorbeerzweig an die Wand zu hängen.

Städtische Freimachung von Schulräumen.

Das städtische Presseamt teilt mit: Die Verhandlungen zwischen der Stadtverwaltung einerseits, den Vertretern des Hauptfürsorgeamtes und des Versorgungskrankenhauses andererseits haben bezüglich der Knecht-Schule vorläufig zu dem Ergebnis geführt, daß das obere Stadtwort als bald übergeben und daß ferner der Versuch gemacht werden soll, zwei weitere Zimmer, möglichst im Erdgeschoss, für die Stadtverteilungsfelle frei zu machen, die dann die Markenausgabestelle aus der Knecht-Schule dorthin verlegen könnte. Mit den notwendigen Instandsetzungsarbeiten im obersten Stadtwort soll alsbald begonnen werden; die Leitung des Versorgungskrankenhauses will ihre Bemühungen fortsetzen, um innerhalb einer Frist von 6 bis 7 Monaten die übrigen Stadtwörter räumen zu können. Es ist an eine Verlegung nach dem Belfeldungsamt an der Polster-Straße gedacht. In der Pesta-Loggi-Schule ist eine teilweise Rückgabe von Klassenzimmern bereits nach und nach erfolgt worden in den nächsten Wochen frei. Im übrigen wird auch von den dort maßgebenden Stellen dem Gedanken einer dauernden Uebersiedelung nach dem Belfeldungsamt näher getreten werden.

Universität Breslau.

An unserer Universität finden in der Zeit vom 30. Mai bis 10. Juni 1921 täglich nachmittags von 4-7 Uhr (sauber am Sonntag) Kurse zur Englandkunde statt. Die einzelnen Vortragsreihen (zum Teil mit Lichtbildern) werden einen Überblick über die künstlerische, geschichtliche, wirtschaftliche und religiöse Entwicklung Englands bieten und geographische und sprachliche Fragen behandeln. Die Vorträge werden gehalten von den Herren Professoren Schüding, Mitscherlich, Frh. v. Söben, Landsberger, Dietrich und Herrn Privat-Dozent Dr. Köhner von unserer Universität und Herrn Rektor Peters aus Leipzig. Die Kurse sind hauptsächlich für Studierende und Lehrer der neueren Sprachen gedacht und sollen dazu beitragen, die Kenntnis Englands und seiner Kultur zu verbreiten und zu vertiefen. - Anmeldungen für die Kurse werden täglich vormittags von 9-11 Uhr im Erdgeschoss des Konviktgebäudes (Schmiedebrücke 35) und nachmittags von 5-6 Uhr im Englischen Seminar (Schmiedebrücke 35, zwei Treppen) entgegengenommen. Die Einschreibgebühr beträgt für Studierende und ehemalige Studenten 3 Mark, für alle übrigen Teilnehmer 10 Mark.

Das ragende Mittelalter.

Die Breslauer Sattler-, Riemen- und Tischler-Zunft, eine der ältesten der Breslauer Zünfte, beging am Mittwoch das Fest ihres 500jährigen Bestehens durch einen Festakt im Rittersaal des Rathauses, eine Rundfahrt nach Scheitnig und eine Feier in der Matthiaskirche. Die Zünfte des Mittelalters leben noch und schon glauben Phantasien, die neuzeitlichen Gewerkschaften einjagen zu können.

„Zur Rundgebung der christlichen Gewerkschaften zugunsten Oberösterreichs“ hatten sich gestern mehrere tausend Teilnehmer am dem Schloßplatz eingefunden, darunter auch viele oberösterreichische Flüchtlinge. Ansprachen hielten die Herren Gottschalk, Grana, Kastelein und Janona. Man nahm eine Entschiedenheit an, in der schärfer und einmütiger Protest erhoben wird gegenüber dem von den Franzosen begünstigten mahwigen und verbrecherischen Unterfangen Karantans und seiner Anhängerschaft, mit Gewalt die Festlegung der Grenzen Regierung wird gefordert, daß sie mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln von der Entente die Erfüllung des Friedensvertrages von Versailles und die Ausübung des von ihr in Oberösterreich übernommenen Schutzes der deutschen Bevölkerung verlangt. Die Versammelten forderten von der Entente, daß die Festlegung über das Schicksal Oberösterreichs nicht weiter hinausgezögert wird, damit die oberösterreichischen Volksgenossen aus den zermürbten und bangen Zweifeln befreit werden. Oberösterreich ist deutsches Land und muß es bleiben, da andernfalls das deutsche Volk nicht in der Lage ist, die übernommenen Wiedergutmachungsverpflichtungen zu erfüllen.

Ferien-Wanderungen Breslauer Arbeiter-Kinder und Reichs-Arbeiter-Sportwoche. Die innige Verbindung der wanderlustigen Arbeiterschaft mit den Ferienwanderungen Breslauer Arbeiterkinder soll auch in dem am Sonntag Mittag stattfindenden Festzuge zum Ausdruck kommen. Es soll innerhalb der Gruppe des Arbeiter-Touristen-Vereins der Naturfreunde auch eine kleinere Abteilung der Ferien-Wanderkinder mitmarschieren. Die Naturfreunde denken dabei hauptsächlich an die Kinder von 10-14 Jahren, die bisher an den Ferien-Wanderungen teilgenommen haben. In erster Linie sollen sich Mädchen melden, die im Besitze von Elternbüchern und eines Ausweises sind. Die Teilnahme am Festzuge ist nur den Kindern gestattet, die im Besitze einer Teilnehmerkarte sind. Diese werden am Sonntag, nachmittags 3 1/2 Uhr, im Garten des Gewerkschaftshauses ausgeben. Bei dieser Gelegenheit sei auch darauf aufmerksam gemacht, daß während der großen Ferien die Ferien-Wanderungen der Breslauer Arbeiterkinder selbstverständlich wieder stattfinden.

„Nachschlag“. Die Gewerbetreibenden des J. Polizeiverters fordern der Polizeipräsident auf, die in ihren Betrieben befindlichen Waagen und Gewicht in der Zeit vom 21. 6. bis 9. 7. in der im Polizeiamtsblatt veröffentlichten Reihenfolge dem höchsten Handlichen L. 4. 1. Gewerkschaften 10, zur gleichmäßigen Nachschlag vorzulegen.

„Anerkennung“. Der Gewerkschaftsrat (Klein-Garten). Gestern Donnerstag wird ein Anerkennungsurteil abgehört, wonach wir speziell aufmerksam machen wollen. Der Gewerkschaftsrat hat sich von den Arbeitern der Klein-Garten, Zunft...

